

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. D. Geyer.
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5
Druckanschrift: Copabienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abkündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. Januar 1931.

Der Spiessbürger als Revolutionär

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Hakenkreuzminister Franzen in Braunschweig hat auf die Frage eines Journalisten: was er zu tun gedenke, wenn die nationalsozialistischen Hoffnungen auf das Dritte Reich scheitern, die folgende lapidare Antwort gegeben:

"Dann ziehe ich mich ins Privatleben zurück; entgegen aller Behauptungen meiner Gegner bin ich nämlich immer noch Richter, wenn auch augenblicklich im Ruhestand."

Die Antwort kennzeichnet den Mann wie die Bewegung, der er angehört. Es ist eine echt nationalsozialistische Antwort. Man stelle einem wirklichen Revolutionär die Frage, was er zu tun gedenke, wenn seine Hoffnungen sich nicht verwirklichen und er wird zunächst ohne weiteres antworten, dass dieser Fall ausserhalb seines Gesichtskreises liege. Denn wer nicht unverbrüchlich glaubt, dass seine Sache siegen werde, der ist kein Revolutionär und wer Betrachtungen über das anstellt, was nach dem Misserfolg kommt, erst recht nicht. Solche Betrachtungen anstellen, heisst, von vornherein die eigene Existenz höherstellen als die Sache. Und wollte man trotzdem weiter in einen wirklichen Revolutionär dringen, was er im Falle einer Niederlage tun würde, so würde er vielleicht die Perspektive ins Auge fassen, allein für seine Sache weiter zu kämpfen, selbst wenn ihn der letzte Mann verliesse. Er würde seinen Blick vielleicht aufs Exil richten, oder er würde mit dem stolzen Wort antworten: Lieber tot als Sklav.

Denn es ist das Wesen des wirklich politischen Führers, dass er von der Idee so erfüllt ist, dass sein ganzes Leben von ihr überschattet ist, ihr dient und durch die Hingabe an die Idee zum heroischen Leben wird.

Herr Franzen aber hat keinen Sinn für solche Hingabe und ein heroisches Leben. Seine Partei betont oft und gern ihren "revolutionären Charakter". Er selbst aber blickt weder dem Tod für die Idee noch dem Exil ins Auge, nicht einmal einem dem Dienst seiner Sache geweihten ferneren politischen Leben: er zieht eine bequeme Rückzugslinie vor, die Rückzugslinie ins Privatleben.

Wenn der Sprung ins Dritte Reich nicht gelingt - nun dann ist es eben nichts gewesen, dann geht man aus der Politik wieder heraus und wird wieder zum Privatmann, zum Spiessbürger, der man vorher gewesen ist. Eine revolutionäre Partei mit der Perspektive des Rückzugs ins Privatleben? Das gibt es nicht. Man ist entweder Revolutionär oder man ist Spiessbürger. Wenn aber der Spiessbürger sich als Revolutionär maskiert, dann kommt höchstens ein Puttschist heraus. Die Partei des Herrn Franzen ist deshalb auch keine von der Macht einer grossen Idee getragene revolutionäre Partei, sondern lediglich eine putschistische. Die Spiessbürger wollen es einmal probieren. Aber sie wollen beileibe nicht ihr gesamtes Leben und vor allem nicht ihre bürgerliche Existenz in die Schanze schlagen!

Zur nationalsozialistischen Partei gehört sicherlich eine grosse Anzahl

verzweifelter jugendlicher Elemente, die in der Zeit der Not keine bürgerliche Existenz in die Schanze zu schlagen haben. Aber Herr Franzen, der sich von dieser Bewegung der Verzweiflung tragen lässt, der hat eine bürgerliche Existenz und sogar eine sehr gesicherte. Seine Rückzugslinie ist neben dem Privatleben die sichere Existenz. Man ist ja, Gott sei Dank, noch Staatsbeamter, wenn zur Zeit auch im Ruhestand. Man hat seine wohlerworbenen Rechte, wenn man sich auch als Revolutionär maskiert. Der Staat sichert auf alle Fälle die Existenzgrundlage. Wo ist das Risiko, wenn man sich putschistisch gebärdet? Man hat eine Rückversicherung durch den Staat. Warum soll man nicht ein wenig putschen? Den Kollegen, die das vordem getan haben, ist es schliesslich ganz gut bekommen.

Da ist Herr von Lüttwitz, der auch putschte und dann vom Staat seine Pension einklagte und sie wirklich erhielt. Da ist Herr Treugott von Jagow, Herr Ehrhardt, Herr Bischoff und noch mehrere ihresgleichen. Es hat ihnen allen nichts geschadet. Sie konnten sich allesamt ins Privatleben zu den Fleischtöpfen der gesicherten staatlichen Existenz zurückziehen. Da ist vor allem Herr Frick. Er hat zwar einst in Bayern nationalsozialistische Mörder begünstigt, er hat offen an einem hochverräterischen Unternehmen teilgenommen, aber seine wohlerworbenen Rechte sind dadurch keineswegs beeinträchtigt worden. Und jetzt ist er gar noch Minister geworden, Minister in der parlamentarischen Republik, die er als Putschist stürzen wollte.

Herr Franzen ist aber nicht nur Staatsbeamter, er ist sogar auch noch Richter. Die Existenz des Richters ist die gesteigerte Form der Existenz des Beamten. Man hat nicht nur seine wohlerworbenen Rechte auf Gehalt und Pension, man ist auch unabsetzbar und kann wider seinen Willen nicht versetzt werden. Man ist in seinen Urteilen in gewissem Sinne unfehlbar und wenn man es nicht gar zu plump anstellt, kann man dabei seine Parteifreunde begünstigen, ohne dass man zur Verantwortung gezogen werden könnte. Man ist ein kleiner König. Ob Monarchie, oder Republik oder Diktatur, man bleibt immer was man vordem war. Die ganze Welt mag einstürzen, aber der deutsche Richter bleibt - und wahrhaftig es bleiben auch immer die, die die "wohlerworbenen Rechte" anerkennen von Ewigkeit zu Ewigkeit. Selbst wenn es sich um Hochverräter und Putschisten handelt.

Das ist es, was aus dem lapidaren Satz des Richters Franzen spricht!

Was kostet es schon einen Richter Franzen, wenn er sich als Revolutionär maskiert und auf das Gesetz pfeift? Es kostet gar nichts. Man hat nur zu gewinnen, zu verlieren aber nichts; denn wenn die Sache schief geht, zieht man sich ins Privatleben zurück und wird wieder Richter. Man erhebt wieder den Anspruch, Instrument der Gerechtigkeit zu sein und weiter Recht zu sprechen. Der Richter Franzen, der für den Fall des Scheiterns der putschistischen Pläne der Nationalsozialisten den Rückzug ins Richteramt ins Auge fasst, ist die stärkste Demaskierung einer gewissen Klasse von Richtern in der Republik!

So sehen die nationalsozialistischen Revolutionäre aus! Erfüllung der Idee, Bereitschaft, das Leben der Idee zu weihen? Aber wieso denn, warum denn? Das ist ja gar nicht nötig, denn - es leben die wohlerworbenen Rechte!

SPD. Braunschweig, 3. Jan. (Eig. Drahtb.)

Der vom sozialdemokratischen Volksbildungsminister Sievers eingesetzte Referent für das Volksschulwesen, Regierungsrat Vogelsang, ist von Franzen vom Amt entfernt und an seine Stelle der Nazilehrer Klagge, der wegen seiner gehässigen Einstellung zur Republik vom preussischen Schuldienst verabschiedet wurde, gesetzt worden.

SPD. Die sozialdemokratische preussische Landtagsfraktion hat folgende Grosse Anfrage eingebracht :

Schon wieder sind in Berlin zwei Menschenleben der nationalsozialistischer Mordpolitik zum Opfer gefallen. In der Neujahrsnacht wurde im Hause Hufelandstrasse 31 der Angestellte Willi Schneider in der elterlichen Wohnung von einem Nationalsozialisten erschossen. Desgleichen musste der Bankbeamte Herbert Graf bei demselben Vorgang durch einen Kopfschuss sein Leben lassen. Die Tötlichkeiten der Nationalsozialisten gingen von ihrem Stamm- und Verkehrslokal in der Hufelandstrasse aus. Die Verkehrslokale der Nationalsozialisten sind wiederholt Ausgangspunkte politischer Bluttaten gewesen. Meldungen ähnlicher Art können aus zahlreichen anderen Orten des Freistaates Preussen bewiesen werden. Ueberall bilden die Verkehrslokale Sammelpunkte der Nationalsozialisten, von denen die Angriffe auf politisch Andersdenkende ausgehen.

Die nationalsozialistische Bluttat in der Silvesternacht hat unter der republikanischen Bevölkerung Berlins und weit darüber hinaus eine ungeheuere Erregung hervorgerufen. Nur der vorbildlichen Disziplin und Ordnungsliebe in republikanischen Kreisen ist es zu verdanken, wenn nicht schon zu Mitteln der Selbsthilfe gegriffen worden ist. Angesichts des haarsträubenden Verhaltens der Hakenkreuzler fragen wir daher:

1. Sind alle Massnahmen zur Erfassung des Täters getroffen?
2. Ist die Staatsregierung bereit, in Zukunft für ein recht enges Zusammenarbeiten von Polizei und Justiz einzutreten, damit nicht nur die an politischen Morden und sonstigen Gewalttätigkeiten beteiligten Personen gefasst, sondern auch schnell abgeurteilt und der Strafverbüssung umgehend zugeführt werden?
3. Ist sie weiterhin bereit, die Hakenkreuzlerlokale mehr als bisher unter polizeiliche Beobachtung zu stellen?

SPD. Braunschweig, 3. Januar (Eig. Ber.)

Wider seinen Willen hat der Naziminister Dr. Franzen dem "Volksfreund" ein Interview gegeben. Unserem Parteiblatt gelang es, einen Mitarbeiter zu dem Naziminister zu schicken, der sich in fast einstündiger Rede über seine politischen Auffassungen und Ziele ausfragen liess.

Auf die Frage, wie er sich zu den Prozessen gegen ihn stelle, erwiderte Franzen: "Ich weiss, dass man mich mit allen Mitteln hier fortbringen will. Aber so lange ich das Vertrauen von Hitler habe, weiche ich niemanden. Vergessen Sie auch nicht, dass wir Nazis Götz von Berlichingen als Schutzheiligen haben. Ausserdem bin ich selber Jurist; der Prozess ist eine lächerliche, tendenziös aufgeplusterte Bagatelle, die sich von selber totlaufen wird. Und wenn nicht, erübrigt er sich recht bald durch andere Ereignisse." Auf die Zwischenbemerkung: "Sie meinen das Dritte Reich?" entgegnete Franzen: "Ich bin legal. Zur Abwehr lästiger Presseangriffe genügt mir das Republikenschutzgesetz. Auch ist unsere Stellung in Braunschweig so stark, dass wir über diese lächerlichen Angriffe einfach zur Tagesordnung übergehen können. Wir, die wir eine ganze Nation seelisch und materiell von Grund auf verwandeln wollen, können uns mit solchen Nebensächlichkeiten nicht aufhalten." Auf die weitere Frage, wie sich Franzen die geistige Erneuerung Deutschlands vorstelle, antwortete er: "Wir werden die Schulbücher erneuern und die alten patriotischen Wandbilder wieder aufhängen. Und dann werden wir natürlich die zersetzenden Bücher der modernen Literaten ausmerzen. Zuerst Thomas Mann. Sein asiatisches Blut spricht aus jeder Zeile. Und dann dieser Remarque! Er jammert nur über den ihm durch den Krieg entgangenen Lustgewinn. Merkwürdigerweise begreift er nicht das wundervolle moralische Erlebnis eines Sturmangriffs, der doch das Positive am Kriege ist. Da müssen Sie mal die Bücher von Jünger und Schauwetter lesen. Jeder Junge ist begeistert, wenn er so einen Angriff vorgesetzt bekommt. Und

diesen wundervollen Geist lassen wir uns und unserer Jugend nicht rauben." Auf die Bitte, einmal den Begriff "Nationalismus" definieren zu wollen, sagte Franzen: "Der Nationalismus ist der Kampf gegen den moralischen Schweinehund in uns selber." Auf die weitere Frage: "Und wie steht es mit dem Antisemitismus?" antwortete Franzen: "Ich bin kein Antisemit, ich bin Deutscher. Ich habe persönlich gar nichts gegen die Juden, Hitler übrigens auch nicht. Wir werden ganz einfach die Juden als Fremde behandeln und sie, wie jeden Ausländer, unter Fremdenrecht stellen. Wir haben unser Programm hierfür schon längst fertig." Auf den weiteren Einwand, dass es doch auch volkswirtschaftliche Erwägungen gebe, erwiderte Franzen: "Die Volkswirtschaft ist eine senile Wissenschaft. Wir brauchen kein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, wir handeln aus dem Urinstinkt heraus und vertrauen auf die prachtvolle Disziplin unserer Anhänger. Damit werden wir die Wirtschaftskrise schon lösen. Die materiellen Dinge sind auch gar nicht so wichtig, die Bedürfnisse der Massen zurückzustellen vor dem Recht der bedeutenden Persönlichkeit." Weitere Frage: "Und was sind Sie persönlich?" Antwort: "Ich bin Fatalist. Ich weiss, dass der Nationalsozialismus das letzte Reis am deutschen Stamme ist, das letzte Wunder der deutschen Seele." Und wenn sich dieses letzte Wunder nun nicht erfüllt?" Erwidern Franzen: "Dann ziehe ich mich ins Privatleben zurück; entgegen allen Behauptungen meiner Gegner bin ich nämlich immer noch Richter, wenn auch augenblicklich im Ruhestande."

Zum Schluss kam Franzen noch auf die Zusammensetzung der Mitgliedschaft der NSDAP zu sprechen. Neben erlesenen Geistern ständen einfache Braunhemden. Das Programm könnten sie nicht zur Diskussion stellen. Da die Partei ausserdem keine Juden habe, blieben sie ganz unter sich und unangreifbar. Allerdings habe er Furcht, dass die Nazipartei jetzt grosse Mode würde. Er sieht manchmal schon im Traume die Judenjungen auf dem Kurfürstendamm mit dem Hakenkreuz spazierengehen." Mit der Bemerkung, ob das nicht eine orientalische Gesinnung wäre, wurde dann das Interview abgebrochen.

SPD. Bekanntlich hat die Zentrumsfraktion des Reichstags sich geweigert, im Rechtsausschuss des Reichstags sachlich zu verhandeln, solange der nationalsozialistische Abgeordnete Frank II den Vorsitz in diesem Ausschuss führt. Der Abgeordnete Frank II hat nämlich im Plenum des Reichstages die Zentrumsfraktion schwer beleidigt.

Im Rechtsausschuss hat der Abgeordnete Frank der Zentrumsfraktion beinahe die Stiefel abgeleckt, um sie dazu zu bringen, ihm zu gestatten, Vorsitzender zu bleiben. Nach dem Protokoll der 3. Sitzung des 13. Ausschusses des Reichstags hat Herr Frank folgendes gesagt :

"Zwar habe er bereits in der letzten Sitzung Gelegenheit genommen, ausdrücklich und ohne jede Einschränkung zu erklären, dass er die Mitglieder der Zentrumsfraktion, sei es im Plenum, sei es im Rechtsausschuss, auch nicht beziehungsweise mit seinen Äusserungen über die Zentrumsparthei in Verbindung brachte. Es sei ihm vollkommen ferngelegen, Mitglieder des Reichstages im allgemeinen und des Rechtsausschusses im besonderen zu beleidigen..... Der Vorsitzende (Frank II) betrachtet im übrigen die Angelegenheit als erledigt, zumal er in der letzten Sitzung erklärt habe, die Mitglieder der Zentrumsfraktion könnten sich durch seine Äusserungen nicht getroffen fühlen, und er sein Bedauern darüber ausgesprochen habe, wenn dies doch geschehen sei."

Trauriger kann man kaum vor dem Ausschuss kriechen, als Herr Frank das hier versucht. Erstaunlich ist es nun, wie die Nazis in ihrer Presse das Verhalten von Herrn Frank im Rechtsausschuss darstellen. Ueber die dritte Sitzung des Rechtsausschusses vom 13. Dezember 1930 finden wir in der Korrespondenz der NSDAP folgenden Bericht :

"PG. Dr. Frank II lehnt es nach wie vor ab, auf die unerhörte Art des

Zentrums Vorgänge im Plenum, die lediglich parteipolitisch bedingt sind, in die sachliche Arbeit des Ausschusses zu übertragen. Er erklärt unter lebhafter Zustimmung von allen Seiten das Vorhaben des Zentrums als aussichtslos und nur geeignet, die sachliche Arbeit im Ausschuss zu sabotieren. Die Nationalsozialisten seien es nicht gewohnt, sich von irgendjemandem Richtlinien für ihr Vorgehen geben zu lassen. Die Zeit der parlamentarischen Diktatur des Zentrums sei vorüber, infolge Anwachsens der nationalsozialistischen Bewegung. Frank stellt ausserdem fest, dass das Zentrum nichts getan habe, um die falsche Darstellung seiner Aussagen im Plenum in der Zentrumspressen zu berichtigen."

Dieser Bericht gibt vielleicht das wieder, was Herr Frank gern gesagt hätte, wenn er es nicht vorgezogen hätte, de- und wehmütig Busse zu tun, um den Vorsitz im Ausschuss zu behalten. Aber mit der Wahrheit hat der Bericht nichts zu tun.

SPD. Der Reichsparteiausschuss der Wirtschaftspartei tritt am Sonntag im Reichstag zusammen. Er wird aufgrund des neuerlichen Vorstosses des Abg. Collosser abermals die Differenzen erörtern, die in der Führung der Wirtschaftspartei, vor allem zwischen dem Parteiführer Drewitz und dem Abg. Collosser und Dannenberg entstanden sind. Weiter soll geprüft werden, was an den gegen Drewitz gerichteten schweren Vorwürfen tatsächlich ist. Der Reichsparteiausschuss wird dann aus seinen Reihen das Parteischiedsgericht wählen, das über den Antrag auf Ausschluss der Abgg. Collosser und Dannenberg aus der Wirtschaftspartei zu entscheiden hat. Wie verlautet, will der Parteiführer Drewitz sich bei der Abwehr so schwerer Angriffe nicht mehr auf den Weg über die Parteiinstanzen beschränken, sondern gegebenenfalls Strafantrag stellen.

Herr Collosser seinerseits hält alle seine Angriffe gegen Drewitz voll aufrecht und will seinerseits eine gerichtliche Klärung herbeiführen.

SPD. Washington, 3. Jan. (Eig. Drahtb.)

Die blutigen Zwischenfälle in Nicaragua lassen die Forderungen nach Zurückziehung der amerikanischen Besatzung aus Nicaragua wieder aufleben. Die amerikanische Regierungspolitik in Latein-Amerika wird von den fortschrittlichen Gruppen scharf kritisiert, die gemeinsam mit einer kleinen Senatsminderheit unter Bundessenator Borah auf die Abberufung der Marinekräfte aus Nicaragua und die Einschlagung eines interventionsfeindlichen amerikanischen Regierungskurses drängen. Bundessenator King plant für nächste Woche die Einbringung einer entsprechenden Resolution in den Bundessenat, was erneute Zusammenstösse mit der Bundesregierung erwarten lässt.

SPD. Panama City, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der gestürzte Präsident Arosemena trat auf Zureden des amerikanischen Gesandten freiwillig zurück und siedelte unbelästigt in die amerikanische Kanalzone über. Der Aufstandsführer Harmodio Arias wurde bis zur Uebernahme der ordentlichen Präsidentschaft durch den gegenwärtigen Gesandten Panamas in Washington Ricardo Alfaro, der bereits zugesagt hat, zum provisorischen Präsidenten ernannt. Die Revolution glich bis auf 10 Todesopfer einem tragikomischen Theatercoup, die durch amerikanische Machenschaften unzweifelhaft inszeniert und gefördert wurde. Arosemena hatte sich erst kürzlich durch eine Entscheidung gegen die unbegrenzte Ueberlassung der panamaischen Radiostation an Amerika in amerikanischen Regierungskreisen missliebig gemacht. Die Auswahl Alfaros zum künftigen Staatspräsidenten beweist gleichzeitig, dass in erster Linie amerikanische Interessen massgebend sind.

SPD. Stockholm, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Jahre 1930 hat die Bevölkerung Stockholms aussergewöhnlich stark zugenommen. Sie hat sich grösstenteils durch Zuwanderung um 16 500 vermehrt und somit eine Gesamtzahl von 509 000 Einwohnern erreicht.

SPD. Der Pressedienst der Zentrumsparthei schreibt über das Mordtreiben der Hakenkreuzler :

"Mit erschreckender Deutlichkeit nehmen wir täglich wahr, bis zu welchem Grade der Verwilderung unser politisches Leben gekommen ist. Die Verwilderung unserer Jugend, welche besonders rücksichtslos von den Nationalsozialisten und Kommunisten in den politischen Strassenkampf hineingerissen wird, ist schon sehr weit gediehen. Totschläger, Dolche und Revolver sitzen locker in der Tasche. Eine Jagd auf Menschenleben hat eingesetzt. Diese politische Verhetzung ist eines der "legalen Mittel", dessen sich die Nationalsozialisten mit besonderer Sorgfalt bedienen, um ihr "Drittes Reich" auf "legalem Wege" zu schaffen.

Soll das so weitergehen? Soll die Strasse weiter unsicher gemacht werden dürfen von derartigen Mordbanden? Ist das noch politische Ueberzeugung? Wir fordern ein rücksichtsloses und energisches Eingreifen der Regierungen, um diesen Verbrechen schnellstens Einhalt zu gebieten, ganz gleich von welcher Seite sie begangen werden. Wir fordern schärfste Bestrafung all derer, die im unerlaubten Besitz von Waffen angetroffen werden. Durch Milde ist keine Besserung zu erzielen. Hier helfen nur schärfste Strafen, und es ist höchste Zeit, soll es nicht zu einem Bürgerkrieg schlimmster Ausbreitung kommen. Denn Druck erzeugt Gegendruck.

Wo kämen wir hin, wenn jeder, der den Nationalsozialisten oder den Kommunisten politisch nicht genehm ist, einfach im Dunkel der Nacht hingemordet werden kann, wenn in der nationalsozialistischen Presse, wie in dem "Hessen-Hammer" Artikel verbreitet werden mit der Ueberschrift "Leute, kauft Brownings! Die Gefahren für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung sind auf das höchste gestiegen. Der freie Bürger fordert von der Regierung Schutz und Hilfe. Noch ist es Zeit, aber es darf nicht mehr gezögert werden.

SPD. Stuttgart, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Redaktion der "Schwäbischen Tagwacht" sind Veränderungen eingetreten. Die Reichstagsabgeordneten Keil und Dr. Schumacher sind aus dem Redaktionsverband ausgetreten. Die politische Leitung der Tagwacht wurde dem Genossen Artur Saturnus übertragen, der früher am "Vorwärts" und nachher in Frankfurt a.M. tätig war.

SPD. Bochum, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Besorgnis der Kommunisten vor dem Abflauen der wilden Streikbewegung hat sie veranlasst, ihre hemmungslose Agitation auf die Spitze zu treiben. Man muss damit rechnen, dass die Kommunisten und die RGO am Montag beim Anfahren der Belegschaften nochmals den Versuch machen werden, die Aufnahme der Arbeit zu verhindern. Hier wird es sich entscheiden, ob es dem Terror der Kommunisten gelingen wird, die Bewegung weiter zu treiben oder nicht.

Für Sonntag haben die Kommunisten eine Delegiertenkonferenz nach dem Schützenhof in Bochum einberufen. An diese Konferenz soll sich eine Demonstration schliessen. Der Polizeipräsident von Bochum hat die Demonstration aber verboten. Wie es heisst, wollen die Kommunisten die Demonstration den-

noch durchführen.

Auch der Bergbauindustriearbeiterverband hat für Sonntag eine Delegiertenkonferenz nach Bochum anberaumt. Die Gewerkschaften haben ohne Zweifel die Bewegung fest in der Hand. Ganz spontan macht sich eine Abwehr der Arbeiterschaft gegen das sinnlose kommunistische Treiben bemerkbar. So sind vielfach kommunistische Betriebsräte, die die Einfahrt verhindern wollten, durch die Bergleute von den Zechenplätzen vertrieben worden.

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Marschall Joffre, der Sieger in der Marneschlacht, ist am Sonnabend früh nach 10 tägigem zähem Kampf dem Tod erlegen.

Joffre stammt aus höchst einfachen Verhältnissen. Sein Vater war Böttcher in dem durch zahlreiche Winzeraufstände bekannt gewordenen südfranzösischen Weinort Rivesaltes. Seiner einfachen Natur und seinem schlichten Wesen nach ist Joffre zeit seines Lebens seiner Herkunft treu geblieben. Er war kein schneidiger Draufgänger, kein grossprecherischer Kriegsheld. Dem einfachen Soldaten blieb er immer nahe. Er suchte das Leben seiner Truppen nach Kräften zu schonen. Seine Soldaten dankten ihm dafür durch den Spitznamen: der Grossvater Joffre.

Grossvater Joffre war kein überragendes militärisches Genie. Er war ein geduldiger Arbeiter und Organisator. Dass er die erste furchtbare Niederlage der französischen Armee zu Kriegsbeginn überwinden und seine Truppen trotzdem im gegebenen Augenblick zur Marneschlacht in die Offensive treiben konnte, bleibt sein Hauptverdienst. Er verdankte diesen Sieg in erster Linie seiner Ruhe und Unerschütterlichkeit. Auch unter der Wirkung der schlimmsten Hiobsbotschaften verlor er nicht den Kopf. Die gewaltigen technischen Anforderungen des Stellungskrieges aber gingen über seine Kräfte. Er wurde daher 1916 durch jüngere Offiziere im Oberkommando der französischen Armee ersetzt.

Joffre war auch kein politischer General. Man wusste, dass er wie Foch ein gläubiger Katholik war, dass er also, wenn man will, der bürgerlichen Rechten zuzuzählen war. Niemals aber hat Joffre auch nur den leisesten Versuch unternommen, seine Stellung oder seinen Einfluss zu irgendwelchen politischen Zwecken zu missbrauchen. Er war Soldat und kümmerte sich nur um seinen Dienst. Er verzichtete sogar darauf, in den grossen kritischen Konflikt um das Verdienst am Marnesieg einzugreifen. Er hat noch nicht einmal Memoiren hinterlassen. Seinen Familienmitgliedern gegenüber sprach er niemals von militärischen Dingen. Grossvater Joffre war sein Leben lang wortkarg wie ein Bauer geblieben.

SPD. Paris, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Der an der gescheiterten Revolution in Spanien mitbeteiligte Fliegerhauptmann Franco ist am Sonnabend morgen aus Belgien in Paris eingetroffen. Er hat sich sofort zur Polizeipräfektur begeben, um sämtliche Formalitäten zu erledigen, die den Ausländern vorgeschrieben sind. Franco wurde von dem Pariser Präfekten persönlich empfangen, dem er in einer längeren Unterredung die Versicherung abgab, auf französischem Boden jeder politischen Tätigkeit zu entsagen. Wie lange Franco sich in der französischen Hauptstadt aufzuhalten gedenkt, ist vorläufig unbekannt.

SPD. Köln, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Postüberwachung war schon vor einiger Zeit durch besondere Umstände zu der Wahrnehmung gekommen, dass in Köln ein geheimer Sender ganz besonderer Art bestehen müsse. Jetzt ist es gelungen, in der Wohnung eines früheren Offiziers und jetzigen Ingenieurs, und zwar in dem Keller, eine ganz vorzüglich erdachte Sendeanlage zu entdecken. Der Ingenieur hatte zahlreiche Postkarten, in denen ihm bestätigt wurde, dass seine Sendungen bis nach Nordamerika, China, Japan und sogar bis zur Südsee gehört worden sind. Der geheime Sender wurde von der zuständigen Behörde abmontiert und auf Grund gesetzlicher Bestimmungen beschlagnahmt. Bestraft wird jedoch der geschickte Verfertiger dieser Anlage nicht, denn er hat sich in keiner Beziehung strafbar gemacht.

SPD. Gladbach-Rheydt, 3. Jan. (Eig. Dr.)

Hier ist die Gladbach-Rheydter Notgemeinschaft von einigen Angestellten, die in städtischen Diensten stehen, in grossem Umfange bestohlen worden. Personen, die bei der Desinfektion beschäftigt gewesen sind, haben aus den Sammlungen der Notgemeinschaft lange Zeit Gegenstände gestohlen und die Personen, die ihnen gefährlich zu werden drohten, durch ein grösseres Geldgeschenk und erhebliche Mengen Diebesgut zum Schweigen zu bringen versucht. Die Polizei hat den Leiter der städtischen Desinfektionsanstalt und viele dort beschäftigte Angestellte und Arbeiter verhaftet und einige Säcke mit Waren aus den Sammlungen beschlagnahmt. Die Verhafteten bestreiten jede Schuld, doch ist das Belastungsmaterial so schwerwiegend, dass sie in Haft behalten worden sind.

SPD. Bochum, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Nach einer Mitteilung des Zechenverbandes ist die Streiklage im Ruhrbergbau noch unverändert. Die Beteiligung bei der Mittagsschicht liegt um 13,90 Prozent gegenüber 14,85 Prozent in der Mittagsschicht vom Freitag. Von 9 Zechenanlagen, die am Freitag mittag gestreikt hatten, sind am Sonnabend die Belegschaften wieder angefahren. Auf 8 Schichten wird in unbedeutender Zahl neu gestreikt. Ueber 50 Prozent der Belegschaft streiken auf folgenden Zechen: Diergardt II, Friedrich Heinrich in Lintfort, Königsgrube, Neumühl, Niederrhein, Westerholt, Scholven, Brassert, Rheinpreussen, Beeckerwerth, Friedrich Thyssen 3/7, Lohberg, Westfalen und Graf Bismarck.

Der auf der Zeche Rheinpreussen in Moers erschossene Bahnwärter weist ein faustgrosses Loch in der Brust auf, sodass die Vermutung besteht, er sei von den Streikenden, vor denen er ein Zechentor schliessen wollte, mittels eines Dum-Dum-Geschosses getötet worden. In Hamborn gab es am Sonnabend mittag vor der Zeche Friedrich Thyssen 4/8 grosse Ansammlungen, die jedoch von der Polizei zerstreut wurden. In Meiderich wurde ein Steiger von einem Stosstrupp auf der Strasse verprügelt. In die Zechen Schlegel und Eisen 3/4 drangen 300 Streikende der Zeche Westerholt ein, wurden jedoch von der Polizei wieder vertrieben. Auf der Zeche Graf Moltke 3/4 versuchten 100 Streikende unter Führung von drei Kommunisten, die Arbeitswilligen an der Einfahrt zu hindern. Sie wurden ebenfalls von der Polizei vertrieben und die Anführer verhaftet. Auf der Zeche Rheinbaben ist es ebenfalls zu Zusammenstössen zwischen Polizei und Streikenden gekommen.

Bemerkenswert ist noch, dass die Streikführer bei der RGO und in den Kampfausschüssen Erwerbslose sind, die teilweise seit Jahren ausser Arbeit stehen und vielfach gar nicht Bergarbeiter sind. In mehreren Fällen folgen die kommunistischen Funktionäre nicht einmal ihren Streikparolen, sondern verfahren selber weiter ihre Schichten.

SPD. Bochum, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die neuen Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau werden am 7. Januar unter dem Vorsitz des westfälischen Schlichters Professor Brahn in Essen beginnen.

SPD. Amsterdam, 3. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Vorstände der niederländischen Sozialdemokratie und des niederländischen Gewerkschaftsbundes haben beschlossen, an die Vorstände der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes das Ansuchen zu richten, zum Herbst dieses Jahres einen internationalen Kongress für Abrüstung und Weltfrieden einzuberufen. Dieser Kongress soll alsdann die Internationale Abrüstungskonferenz, die im Jahre 1932 in Genf stattfindet, weitgehend zu beeinflussen trachten.

SPD. Am Sonnabend Abend wurde die Rundfunkdiskussion zwischen unserem Genossen Nölting und dem Hitler-Finanztheoretiker Feder fortgesetzt.

Nach einigen Worten Feders erinnerte Nölting an die noch ausstehende Beantwortung seiner Frage nach der Stellung der Hitlerpartei zur Wirtschaftsdemokratie. Dabei verwies Nölting auch gleich auf ein Buch des Herrn Feder, worin dieser den Wirtschaftsaufbau im kapitalistischen Deutschland als den nationalsozialistischen Ideen entsprechend bezeichnet hat. So festgenagelt hielt es Feder für angebracht, bei der Wahrheit zu bleiben, die Wirtschaftsdemokratie und auch gleich die Betriebsräte abzulehnen! Eine parlamentarische Betriebsform würde zum Schaden des Arbeitsertrages und damit auch der Arbeiterschaft selbst sein, der Ertrag sinke, wenn das Geschwätz anfangen!

Nach diesen wertvollen Geständnissen konnte Nölting mit Recht sagen, dass Feder gar kein Gegner des Kapitalismus, sondern höchstens ein Savonarola sei, der Busspredigten halte. Feder schwang sich darauf graziös wieder auf sein Steckenpferd "Brechung der Zinsknechtschaft", von welcher Formel er bescheiden sagt, dass er - Feder - sie geprägt habe. Darauf musste er sich von Nölting berichtigen lassen, dass schon Proudhon, später Marx, schliesslich auch Hilferding in seinem "Finanzkapital" vor 30 Jahren gegen die Zinsknechtschaft geschrieben haben, aber freilich sei es eine mittelalterliche Vorstellung, dass jeder Gläubiger ein Shylock und jeder Schuldner ein armer Schlucker sei. Lebt doch heutzutage die Staatswirtschaft und die Privatwirtschaft auf Kredit.

Dann belehrte Nölting Herrn Feder, wie die Rolle der Banken sich in den Zeiten der Inflation und der Stabilisierung gewandelt hat. Selbstverständlich konnte Feder das alles so schnell nicht verstehen, welches Unvermögen er aber gleich auch den zuhörenden Arbeitern anheften wollte. Nölting konnte mit vollem Recht diese Unterstellung für die marxistisch geschulten sozialistischen Arbeiter dankend ablehnen.

Während Feder vorher behauptet hatte, die Lage der Arbeiter sei zum Beispiel durch die Lohnsteuer in der Republik viel schlechter als im Kaisertum, verlangte er jetzt, dass alle öffentlichen Ausgaben nach fridericianischem Rezept durch Steuern gedeckt würden; darüber hinaus soll allerdings auch das inflationistische "Feder-Geld" von Staatskassenscheinen dem deutschen Volke beschert werden, Im gleichen Atemzug kündigt Feder eine neue Aufwertung im Dritten Reich an, sowie die Verstaatlichung der Reichsbank, deren Entstaatlichung er den Marxisten aufs Schuldkonto schreibt, obgleich sie doch nur durch den rücksichtslosen Zwang der Siegermächte des Weltkrieges im Londoner Ultimatum 1923 erzwungen worden ist.

Dem Aufwertungsversprechen hielt Nölting sofort entgegen, dass die Reichstagsfraktion der Nazis soeben für Zinserhöhung der Aufwertungshypothesen auf

7½% zu Gunsten der Gläubiger gestimmt habe. Die Sozialisierung der Banken kann nur zusammen mit weitgehenden Sozialisierungsmassnahmen in der Produktion erfolgen und nur als Ergebnis sozialistischer Erkenntnis, nicht aber als Ra-
chefeldzug gegen das "jüdische" Bankkapital. Das Dritte Reich des Herrn Hitler wird nach den Plänen Feders ein toller Inflationsladen werden, dessen Zahlungsmittel mangels der Edelmetallgrundlage keinen internationalen Wert hätten. Inflationsgeld für das Volk - Devisen für Grossindustrie und Grosshandel, das wäre des Dritten Reiches Finanzwirtschaft.

Der peinlichen Frage Nöltings, ob es denn in Ländern mit niedrigerem Zinsfuss oder mit Diktatur den Arbeitern besser gehe als in Deutschland, wich Feder glatt aus.

Da Feder selbstverständlich auch wieder mit der Behauptung kam, der Youngplan lege uns grössere Zahlungen auf, als die früheren Reparationsverpflichtungen, hielt sich Nölting mit dieser ollen Kamelle nicht im einzelnen auf, sondern stellte einfach fest, dass Deutschland durch den Verlust des Krieges unter den Zwang gekommen ist, zahlen zu müssen. Wenn man diejenigen, die das anerkennen, unnational nenne, so fragt Nölting, ob Feder auch Hindenburg so ansehe, der doch den Youngplan unterzeichnet hat. Darauf antwortete Feder, nicht, sondern fing vom Kettensprengen zu reden an und von der Revision, für die auch Mussolini so dankenswert eintrete.

Dies gab Nölting den Anlass zu der Feststellung, dass es weder national würdevoll, noch friedensfördernd sei, kriegswillige Bündnispolitik anzustreben und hinter Mussolini mit erhobenem Zeigefinger nachzulaufen.

Deutschland würde bei einem Revanchekrieg, den Hitler vielleicht mit Stalin gemeinsam führen wolle, das Aufmarschgelände werden. Die Folgen braucht man nicht auszumalen, aber schon jetzt muss jede Unklarheit über die Zurückzahlung deutscher Auslandsschulden die deutsche Wirtschaft auf das schwerste schädigen, die ausländische Rohstoffe braucht und in der 6 bis 7 Milliarden kurzfristige Auslandskredite arbeiten. Wenn auf diese Zinssätze ungeheure Risikoprämien aufgeschlagen werden, so deshalb, weil die Nazis Deutschland mit dem Bürgerkrieg bedrohen und darum das Ausland um sein Geld fürchten lassen.

Daraufhin lenkte Feder opportunistisch ein, und versprach den ausländischen Kapitalisten, dass auch das Dritte Reich die Zurückzahlung solcher Schulden nicht hindern werde, bei denen sich Leistung und Gegenleistung gegenüberstehen. Das sei aber bei den Reparationsschulden nicht der Fall; ob man ganz von ihnen loskomme, sei allerdings eine Machtfrage und darüber könne man jetzt nicht weiterreden.

So zog sich Feder Schritt für Schritt zurück, um schliesslich wieder beim Klassenkampf zu landen, den als geschichtlich bedungene Tatsache zu begreifen, er eben nicht fähig ist und den er als Ausgeburt marxistischer Bosheit ansieht. Nölting hielt seinem Partner noch entgegen, dass erst die Aufhebung der Klassegegensätze durch die Ueberwindung des kapitalistischen Systems die Volksgemeinschaft herstellen kann; und dass die Affekte und motorischen Kräfte, die der Klassenkampf in den arbeitenden Massen erzeugt, keineswegs nur zerstörend wirken, sondern die Hebung und den Fortschritt der eigenen Klasse sichern.

Nöltings Hinweis darauf, dass die Ausschliessung der Sozialdemokratie von der Verwaltung im Vorkriegsdeutschland ebenso ein Akt des Klassenkampfes war wie es jede Aussperrung von Arbeitern durch Unternehmer ist, machte Feder sprachlos. Stammelnd fand er nur die Schlussphrase: "Das ist die Romantik eines sterbenden Systems" worauf Nölting treffend schloss: "Das war ihre letzte Ausrede."

(Schluss des politischen Teils. - Auf wiederhören)

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

aus aller Welt

Samira und ihre zehn Gatten.

Ein Idyll aus dem Rosengarten der Liebe. Aber auch in Aegypten geht der Krug nur so lange zum Nil, bis er bricht.

Von unserem ägyptischen Korrespondenten.

SPD. In Alexandria ist eine Komödie mit nicht untragischem Hintergrund, in deren einzelnen Phasen ein kluges Halbdämchen zehn verliebte Snobs fast ein Jahr lang an der Nase herumgeführt hat, mit der Verurteilung der Heldin wegen Vielmännerei jäh beendet worden

In Alexandrien existiert ein sogenannter Laternenklub, die Mitglieder sind Söhne reicher Eltern. Eines der Mittel, mit dem die Angehörigen der jeunesse dorée ihre überflüssige Zeit totzuschlagen suchen, besteht darin, dass sie sich täglich in einem der vornehmsten Cafés der Stadt versammeln, um sich durch ein auf drei Stunden bemessenes Geschwätz über Literatur und Philosophie den Anschein von Geistigkeit zu geben.

Eines der führenden Mitglieder dieser Vereinigung, Abdallah Khaled, begegnete auf einem Bummel durch die Gärten von Manchieh einer jungen Dame, deren Erscheinung ihn auf der Stelle in Flammen setzte. Nichts deutete darauf hin, dass dieser Engel etwa berufsmässig auf Abenteuer ausging. Erst nach eifrigen Bemühungen gelang es Abdallahs, mit der Schönen in Kontakt zu kommen. Auf einer Bank des Parks entspann sich ein interessantes Gespräch über Literatur und Liebe, das zur beiderseitigen Zufriedenheit ausfiel; es wurde beschlossen, die Bekanntschaft fortzusetzen.

Begeistert eilte Abdallah in den Klub und seine Schilderungen machten seinen Kameraden den Mund derart wässerig, dass einstimmig der Beschluss gefasst wurde, das Wunder zur nächsten Sitzung einzuladen. Samira kam, wurde gesehen und siegte; ohne Debatte wurde ihre Aufnahme in die erlesene Vereinigung beschlossen. Es dauerte nicht lange, bis Samira der Mittelpunkt des Kreises war. Jedes der Mitglieder hatte von nun an kein anderes Ziel, als sich in den Besitz ihrer Gunst zu setzen. Die Gemeinschaft der harmlosen Schwätzer wurde sehr bald der Schauplatz erbitterter Kämpfe und abgefeimter Intrigen, aber Samiras Entdecker Khaled blieb Sieger. Da Khaled jedoch schon verheiratet war und fürchtete, dass die Mesalliance, ihn des Portemonnaies von Vater und Schwiegervater berauben würde, zog man es auf den Rat der klugen Samira vor, sich nur vor dem Geistlichen und ohne gesetzliche Formalitäten trauen zu lassen. Die schönen Tage des Laternenklubs waren gezählt und aus den täglichen freundschaftlichen Diskussionen wurden steife Zusammenkünfte unter Wahrung der korrektesten gesellschaftlichen Formen. Monatelang erfreuten sich Samira und Khaled ihres stillen Glücks bis der Gatte eines Tages verschwand und nicht wiederkehrte. Eltern und Gattin Nummer Eins stellten verzweifelt Ermittlungen an, bis eines Tages in einem an die Küste gespülten Leichnam der Vermisste identifiziert wurde.

Samira hielt sich ruhig. Obwohl sie ihres Anteils an der reichen Erbschaft verlustig ging, liess sie nichts von ihren offiziellen Beziehungen zum Verstorbenen verlauten. Sie zog es vor, sich die Freundschaft ihrer Klubbrüder zu erhalten. Ihre Berechnung war in der Tat richtig, denn sofort begann ein Wettrennen um ihre Hand. Guter Rat war allerdings teuer und Samira geriet in schwere Verlegenheit, wem sie ihre Gunst zuwenden sollte. Nach einiger Ueber-

legung kam sie auf eine geniale Idee. Warum sich um Eines willen mit allen ver-
derben? So ging sie mit sämtlichen zehn Mitgliedern des Klubs die Ehe in der
gleichen Form ein, wie mit ihrem ersten Verehrer Khaled. Obwohl sie genötigt
war, mit ihrer Zeit genau zu disponieren, spielte sie die Rolle der zehnfachen
Ehefrau so geschickt, dass keiner der Teilhaber auch nur eine Spur merkte und
sich als der einzig Glückliche wähnte.

Das Idyll hätte noch Jahre weiter gehen können, wenn die Geldgier Samiras
nicht eines Tages doch über die Klugheit gesiegt hätte. Als einer ihrer Ehe=
männer eines natürlichen Todes starb, konnte sie der Versuchung nicht wider=
stehen und forderte auf Grund des Ehekontraktes ihren gesetzlichen Anteil am
Nachlass.

Wie stets in solchen Fällen, verwandelte sich die Liebe über Nacht in
wütenden Hass. Die geprellten Gatten schlossen sich zusammen, liefen gemeinsam
zum Kadi und der Rosengarten der von Samira so Flug und sorgsam betreuten Lie=
besgenossenschaft wurde in einer einzigen Gerichtsverhandlung grausam zerstört.
Als Grund für ihr Verhalten gab Samira an, dass sie es angenehmer gefunden habe,
sich auf dem von ihr gewählten Wege ein gesicherter Einkommen zu verschaffen,
als sich auf Strassenbekanntschaften zu verlassen.

Der Richter hatte für dieses Argument allerdings kein Verständnis und ver=
urteilte Samira wegen Vielmännerei zu drei Jahren Gefängnis, denn auch in Aegyp=
ten ist die Einehe für die Frau eine geheiligte Institution, während sich der
Mann nach islamischem Recht der Freuden der Vielehe erfreuen kann, sofern es
ihm seine finanziellen Verhältnisse gestatten.

+ + +

Schluss mit dem Terror!

Die Arbeiterempörung über den Hakenkreuzmord.

SPD. Die fürchterliche Naz bluttat in
der Hufelandstrasse in Berlin NO., die
ganz nach römisch-faschistischem Muster
durch bewaffneten Einbruch in die Woh=
nung ausgeführt war, hat die Republika=
ner Berlins in flammende Empörung ver=
setzt. Das Reichsbanner demonstrierte
am Sonntag in riesigen Kundgebungen, ge=
gen die Hakenkreuzmordbuben. Unser Ber=
liner Reporter schildert hier die Stim=
mung in der Mordstrasse.

Im Nordosten der Stadt, eingekesselt in die unendlichen Steinwände der
grauen Vorstadt, liegt die Hufelandstrasse. Eine Strasse, gemischt aus Kleinbür=
gertum, Mittelständlern und Proletariat. Hier war es, wo in der Sylvesternacht
das fürchterliche Verbrechen an Willi Schneider und Herbert Graf, den aufräch=
ten Sozialisten und Reichsbannerkameraden, geschah. Vor den Türen stehen die
Leute und sprechen erregt und bis ins Innerste aufgewühlt von dem Doppelmord,
der zwei ihnen fast allen bekannte Familien unglücklich gemacht hat. "Seit Wo=
chen geht das nun schon - -", meint eine ältere Frau mit erbitterter Stimme,
"sie überfallen jeden, der ihnen nicht in den Kram passt. Meinen Jungen haben
sie dieser Tage auch völlig grundlos niedergeschlagen. Sie kennen ihn und wis=
sen, dass er in der Partei ist." - "Das geht so lange, bis wir einmal dazwischen
schlagen", ruft zornig ein Arbeiter, "diese Lausejungen, die mit dem Revolver
spielen, müssten verprügelt werden, dass ihnen Hören und Sehen vergeht."

Wo die Bluttat ausgeheckt wurde.

Dicht neben dem Zigarrengeschäft Schneiders, in dem die blutige Untat
geschah, liegt das nationalsozialistische Mördernest, die Hitlerkneipe, in
der sich die SA tagtäglich zu terroristischen Zwecken versammelt. Wenn man das

alkoholdunstige Lokal betritt, in der der Schnaps in Strömen fliesst, so sieht man sie sich triumphierend zuprosten. Hier ist keine Spur von Reue oder wenigstens Respekt vor den meuchlings gemordeten Gegnern zu spüren. Das Totschlagen ist hier ein in widerwärtiger Weise romantisierter "Sport" geworden. Kaum betritt ein Fernstehender diese politische Kaschemme, so beginnen die Nazijünglinge leiser zu sprechen. In einer Ecke stehen drei SA.-ler, das Hakenkreuz auf der Rockklappe und flüstern miteinander. Es sind wahre Galgenphysiognomien; wahrscheinlich knobeln sie ein neues "Ding" aus. Schon einige weniger vorsichtige Blicke haben den Reporter verdächtig gemacht, ein kleiner Kreis schiess- und stichfester Rowdies schiebt sich auf ihn zu. Der Reporter ist schlaue genug zu verschwinden.

Das Unglück der Eltern.

In Schneiders Zigarrengeschäft düstert Trauerstimmung. Parteigenossen, Kameraden des Ermordeten kommen und gehen und jeder erzählt, einfach, schmucklos, aber von innerer Wärme beseelt, von dem Toten, der ein überzeugter Republikaner und ein opferbereiter ehrlicher Weggenosse war. Willi Schneider wird allgemein als ein Mensch geschildert, der allen Händeln abgeneigt war und nichts auf die Argumente der Faust, sondern alles auf die guten Gründe der Ueberzeugung und des Geistes gab. Die Eltern aber stehen fassungslos und zerbrochen vor dieser namenlosen Tragödie, die so jäh über sie hereingebrochen ist. Draussen sieht man ein paar Nazis vorüberschlendern und mit Gesichtern, die halb von Neugier, halb von Hass entstellt sind, durch die Scheiben blinzeln. "Sie haben wohl noch nicht genug, die Lumpen", sagt einer von den Gästen, "es soll wohl nochmals knallen!"

Röntgenaufnahme des Todes.

Plastisch, aufs tiefste erregend, wie eine Röntgenaufnahme des Todes, ersteht vor unseren Augen jene schreckliche Szene in der Sylvesternacht. Als die Frau mit ihrer Schwester allein im Hause war und ein Bursche in Lederjacke und Gamaschen eindrang, der alles durcheinander warf und die Frau, die dem unheimlichen Gesellen aus der Wohnung weisen wollte, barsch anschrill: "Weg da, das geht Sie nichts an! Totschiessen sollte man die ganze Bande!" - da kam Willi zurück und rief verwundert: "Aber Mutter, was will denn der Mensch hier?" Der Mörder wandte sich um, griff blitzschnell in die Tasche, etwas Metallisches glänzte in der Luft und schon knallte, hart wie ein Peitschenschlag, ein Schuss. Mit einem Aufschrei brach Willi zusammen. Der Mörder aber eilte, den Browning in der Hand, heraus, stürzte sich auf den Bankbeamten Graf, und streckte auch ihn durch einen Kopfschuss nieder... Eine Stimmung des Grauens liegt über dem Zimmer. Keiner spricht mehr. Wir drücken den Eltern stumm die Hände und verlassen das Haus des Todes.

Die Warnung der Mutter.

In der Hufelandstrasse 35 wohnen die Eltern des ermordeten Herbert Graf. Es sind alte, im Lebenskampf zermürbte Menschen; mit Tränen in den Augen sprechen sie von ihrem einzigen Kind. Er war der Ernährer der Familie, ein stiller, fleissiger und idealistischer Mensch. Herbert Graf hatte viele Freunde, aber wohl kaum einen einzigen persönlichen Feind. Die Mutter, die wohl so etwas wie eine Vorahnung gehabt hat, warnte Herbert noch am Sylvesterabend, als er das Haus verliess, allen Händeln aus dem Wege zu gehen und sich auf keinen Fall in Streitigkeiten einzulassen. Der Junge versprach es und fünf, sechs Stunden später traf ihn, als er ahnungslos auf dem Nachhausewege war, die Mordkugel eines Hitlerbanditen.

Schonung für ein Verbrechernes?

Im Reichsbannerlokal Sawetzki in der Allensteinerstrasse, 30 Schritte vom Tatort entfernt, tagen die Kameraden des Ermordeten Willi Schneider. Der Kameradschaftsführer, ein besonnener gereifter Arbeiter, alter Frontsoldat und Sozialist, muss seinen ganzen Einfluss aufbieten, um die aufs tiefste verletzten Freunde und Genossen Willis von unbesonnenen Schritten abzuhalten. Er hat schon den ersten Ueberfall, zwei Stunden vor den tödlichen Schüssen mitgemacht und

gehört zu dem Hilfstrupp, der den misshandelten Sylvestergästen Schneiders gegen das Hakenkreuzgesindel zu Hilfe kam. Er war es auch, der als erster an die Mordstelle eilte und für die Ueberführung der Sterbenden ins Krankenhaus sorgte. Mit erregter Stimme berichtet der Kameradschaftsführer über ein Rencontre, das er mit dem Leiter des Ueberfallkommandos gehabt hat. Er sagte zu dem Offizier: "Ich verstehe nicht, dass Sie das Nazilokal unbehelligt und undurchsucht lassen. Der Mörder und seine Komplizen sitzen ja vielleicht drin. Von hier aus wurde die Tat organisiert!" Der Offizier zuckte die Achseln und wendete sich brüsk um, ohne ein Wort zu sagen. Hier scheint ein Mann am falschen Platz zu stehen..

Mensch oder Bestie?

Mit solchen Burschen, die kaum das Prädikat Mensch verdienen, müssen sich die Kameraden vom Reichsbanner Schwarzrotgold und die Genossen der Partei herum schlagen. Ein jüdischer Reichsbannermann, der in der Hufelandstrasse wohnt, Frontkämpfer von Flantern, erzählt wie er im Sommer sein damals vier Monate altes Kind im Kinderwagen auf den Hof gestellt hat. Eines Tages fand er den Kinderwagen über und über mit Unrat und Kot bedeckt: auf einem grossen weissen Zettel der quer über den kleinen Körper des Viermonatigen gelegt war, standen die Worte: "Juda verrecke!"

Sind das noch Menschen?

+ + +
Winterkatastrophe. Oberhalb von Elm im Schweizer Kanton Glarus wurden 13 Berliner Wintertouristen durch eine Schneelawine in die Tiefe gestossen und von einem reissenden Bach fortgespült. Zehn Personen konnten lebend geborgen werden drei verunglückten tödlich.

+ + +
Bankraub in Ostfriesland. Nach bewährtem Muster drangen in dem kleinen ostfriesischen Städten Marienhafte drei maskierte Männer mit erhobenen Revolvern ein und raubten etwa 10 000 Mark. Die Räuber entflohen in einem vorher gestohlenen Kraftwagen, der später herrenlos aufgefunden wurde. Von den Tätern selbst fehlt jede Spur.

+ + +
Neuer Berlin=Neapel=Express. Seit Sonnabend mittag verkehrt dreimal wöchentlich auf der Strasse Berlin=Cannes=Neapel ein neuer Express; der dunkelblau und gelb angestrichene Luxuszug besteht nur aus wenigen Wagen und erreicht eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 100 Kilometern. An sich ist für die Lokomotive eine Stundenleistung von 120 Kilometern möglich.

+ + +
Schwere Kesselexplosion: 9 Tote. In Horodenka (Galizien) explodierte der Kessel des öffentlichen Dampfbades: neun Personen verunglückten tödlich, acht wurden schwer verletzt.

+ + +
651 Seiten Frenzel=Urteil. Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig in Potsdam hat das Frenzel-Urteil fertiggestellt. Die Arbeit, in der Herr Hellwig seinen Schuldspruch zu begründen versucht, ist ein Roman von 651 Schreibmaschinenseiten Umfang geworden.

+ + +
Yvonne war empört... Ein Pariser Zivilgericht hat am Freitag eine warnende Entscheidung für alle Verführer gefällt, die es wagen sollten, in das Glück einer friedlichen Ehe einzugreifen. Ein Industrieller hatte vor einiger Zeit eine junge verheiratete Frau namens Yvonne kennen und lieben gelernt. Er wusste Yvonne dazu zu bestimmen, sich von ihrem Gatten scheiden zu lassen. Während des Scheidungsprozesses unternahm der Liebhaber eine diskrete Geschäftsreise nach Amerika. Dort hat sich aber seine Liebe für Yvonne so sehr abgekühlt dass er bei seiner Rückkehr darauf verzichtete, sie zu heiraten. Yvonne verklagte ihn nun wegen Verlustes einer "legal gesicherten Stellung" und erhielt vom Gericht eine monatliche Rente von 3 000 Franken zugebilligt.

+ + +

Frachtflug Amerika-Paris. Unter Führung der Pilotin Beryl Hart und des Fliegerleutnants McLaren startete am Sonnabend in New York das Frachtflugzeug "Tradewind" mit einer Frachtladung zum Fluge nach Paris; die Reiseroute soll in Etappen über die Bermudas und Azoren führen.

+ + +
Das 74. Calmetteopfer. An den Folgen der unseeligen Calmettimpfung verstarb in Lübeck der 74. Säugling.

+ + +
USA ohne Methylalkohol. In den Vereinigten Staaten wird auf Grund einer Bestimmung der Regierung vom 1. Januar ab die Produktion von denaturiertem Holzalkohol eingestellt. Der Methylalkohol wird durch eine neue Alkoholmischung ersetzt werden, die nicht giftig und trotzdem ungeniessbar ist. Der neue Alkohol, der hauptsächlich in der Industrie Verwendung finden soll, und, mit Benzin gemischt, einen guten Betriebsstoff für Automotoren darstellt, riecht stark nach faulen Eiern und besitzt einen äusserst unangenehmen knoblauchartigen Geschmack. Auch wenn man ihn umdestilliert, bleibt der üble Geschmack in voller Stärke erhalten.

+ + +
Stenotypist als 100facher Lebensretter. In San Franzisko hat ein Büroangestellter des riesenhaften Dotterhotels wahre Heldentaten vollbracht, als das Hotel infolge einer Explosion im Keller nachts plötzlich zu brennen begann. Tony Silvia, ein ganz junger Stenotypist, der gerade Nachtdienst hatte, rettete unter dauernder höchster Lebensgefahr 150 Menschen, darunter mehrere Kinder aus den Flammen. Dutzende Hotelgäste, die wieder in das Gebäude eindringen wollten, um ihre Habseligkeiten zu retten, sind bei diesem Versuch erstickt.

+ + +
Die Bombe in der Zigarettschachtel. Auf der Zentralstation in Delhi ereignete sich ein bis jetzt noch nicht geklärter Unglücksfall, bei welchem ein Mann vollständig in Stücke gerissen und mehr andere Leute schwer verletzt wurden. Ein eingeborener Träger sah in einem Wartesaal II. Klasse anscheinend herrenloses Gepäck stehen und wollte es zum Lagerraum bringen. Als er es bis zum Gepäckaufzug gebracht hatte, entfiel einem geöffneten Koffer eine Zigarettschachtel und sofort erfolgte eine ohrenbetäubende Explosion.

+ + +
Mit der Bierflasche erschlagen. In Mustrów (Mecklenburg) gerieten zwei Arbeiter in eine blutige Schlägerei. Der eine der Arbeiter verletzte den anderen tödlich, indem er ihm mit einer gefüllten Bierflasche auf den Kopf schlug.

+ + +
Die Baby-Fliegerin in Berlin. Am Sonnabend landete auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof die englische Rekordfliegerin Amy Johnson, die sich die Aufgabe gesetzt hat, mit ihrer kleinen "Motte" von London über Moskau nach Peking zu fliegen. Amy Johnson, die erst 21 Jahre alt ist und sich deshalb in England den freundlichen Spitznamen "Babyfliegerin" erwarb, erlangte Berühmtheit durch ihren im vorigen Jahre aufgestellten Rekordflug London-Australien. Die am Sonnabend zurückgelegte Flugstrecke Köln-Berlin stellte der Fliegerin, die wiederholt in Schneetreiben geriet, schwerste Aufgaben. Die junge Pilotin verflog sich mehrfach musste auch einmal auf einem Acker notlanden und wurde bereits vermisst geglaubt. Um so grösser war dann die Empfangsfreude und Bewunderung bei der Landung.

+ + +
Neue Radiumfunde. In Sowjet-Aserbeidshan wurden im Bezirk Gandsha stark radiumhaltige Uranverbindungen in 50 Meter Bodentiefe entdeckt. Das staatliche Forschungsinstitut von Aserbeidshan hat eine Expedition zur genaueren Untersuchung der Radiumbestände entsandt.



Gewerkschaftliche Rundschau

Tarifikündigung für 500 000!

Der Lohnabbau in der Textilindustrie.

SPD. Trotzdem die Textilunternehmer beim Aufbau der Tariflöhne nicht weit genug zurückbleiben konnten, lässt auch sie die allgemeine Lohnabbauparole des Unternehmertums nicht ruhen. Auch sie glauben, durch Lohnabbau ihre an sich durch aus nicht geringen Gewinne noch weiter erhöhen zu müssen. Was schert es die Textilunternehmer, wenn sie durch ihre Lohnpolitik die Not und das Elend der Textilarbeiter in einer Weise verschärfen, dass es zur Katastrophe führen muss.

Überall kündigen die Textilunternehmer bzw. deren Verbände die Lohnstarife zum erstzulässigen Termin. Zur besseren Uebersicht lassen wir die bis jetzt gekündigten Lohnstarifverträge folgen:

Zu Ende Dezember 1930 wurden gekündigt:

Zahl der Beschäftigten:

1. Rechtsrhein	48.069
2. Oberbergischer Bezirk	4.493
3. Apolda und Umgd.	8.142
4. Westthüringen	4.055
5. Nordhausen und Umgd.	297
6. Erbach-Michelstadt	376
7. Neumünster, Tuchindustrie	2.806
8. Neumünster, Tuchfb. L. Simon	300
9. Itzehoe, Netzfabriken	770
10. Gütersloh	1.498
11. Hannover, Weberei Neuberg	150
12. Hannover, Daunendeckenfabrik	250
13. Grohn, Tauwerkfabrik	250
14. Bremen, Jutespin. & Weberei	1.321
15. Nordostdeutschland (18 Ortstarife)	12.975
16. Nordhannover	5.237
17. Südhannover	1.435
18. Elmshorn, Mech. Weberei	146
19. Berlin, Färb. & chem. Waschanst.	2.650
20. Berlin, Posamenten	270
21. Berlin, Rosshaarspinnerei	65
22. Berlin, Stoffdruckerei E. Kühn	37
23. Berlin, Stoffdruckerei W. Neuberger	21
24. Berlin, Stoffdruckerei Bluhm	25
25. M. Gladbach, Rheydt & Umgd.	31.000
26. Niederrhein, Seidenwebereien	4.320
27. Breslau, Färb. chem. Waschanst.	555
28. Stuttgart, Färb. chem. Waschanst.	140
29. Köln, Färb. chem. Waschanst.	242
30. Nordbayern, Leonische Industrie	1.184
31. Nürnberg, Leonische Industrie	246
32. München, Textilindustrie	800
33. Greiz, Zirnite & Kolbig	374
34. Düren und Umgd.	3.054

35. Euskirchen, Tuchindustrie

772
138.325

Zum 6. bzw. 10.1. 1931 wurden gekündigt:

1. Südbayern	28.043
2. Nordbayern	<u>23.147</u>
	51.190

Zum 1. Februar 1931 wurden gekündigt:

1. Gesamtlohntarif für die Seidenindustrie in Krefeld u. Umgd.	6.619
2. Krefeld, Velvetfabrik	175
3. Krefeld, Möbelstoffwebereien	150
4. Krefeld, Paramentenwebereien	103
5. Sächs.-Thüring. Webereien	20.543
6. Pössneck, Tuchindustrie	2.443
7. Neustadt/Orla, Tuchindustrie	622
8. Kempen (Rhein)	1.101
9. Pfalz	6.110
10. Köln und Umgd.	<u>2.365</u>
	40.231

Zum 28. Februar 1931 wurden gekündigt:

1. Westsachsen (44 Branchen= und Ortstarife)	216.208
2. Ostsachsen (12 Branchen= und Ortstarife)	<u>48.387</u>
	264.595

Es sind also insgesamt 48 Lohntarife für 494.341 Beschäftigte von den Unternehmern gekündigt worden. Rechnet man noch die Tarifbezirke hinzu, in denen bereits in lohnpolitischer Hinsicht ein tarifloser Zustand besteht, nämlich Württemberg, Baden, Delmenhorst (Jute), Blumenthal (Wollkämmerei), Liegnitz (Färberei) und Pier (Lumpensortieranstalt), so ergibt sich, dass Ende 1930 in 54 Tarifbezirken für 574 102 Beschäftigte die Lohntarife strittig sind.

Soweit die Forderungen der Unternehmer bekannt sind, verlangen die Arbeitgeber des rechtsrheinischen Bezirkes einen Lohnabbau von 6-25,5 Pfennigen. Das sind 13,5 bis 39 %. Für den Bezirk M.Gladbach, Rheydt und Umgegend fordern die Arbeitgeber die Wiedereinführung des Tarifs mit einem Ecklohn von 56 Pfg., wie er Mitte 1927 gegolten hat. Das bedeutet einen Lohnabbau von 13,8 bis 17,8 %. Für die Bezirke Düren und Euskirchen fordern die Arbeitgeber einen Lohnabbau von rund 13 %, ausserdem bedeutende Verschlechterungen der Akkordlohnbestimmungen. Im Bezirk West-Thüringen fordern die Arbeitgeber die Zurückführung der Löhne auf den Stand vom 1. Februar 1927, also einen Ecklohn von 53 Pfg. (bisher 63 Pfg.).

Von der Not und dem Elend der Textilarbeiter scheinen die Textilunternehmer keine Kenntnis zu besitzen. Sonst würden sie nicht den Mut aufbringen, die ohnedies niedrigen Textilarbeiterlöhne in solcher Weise kürzen zu wollen, trotzdem sie bereits in den letzten Jahren die durch den Fleiss und die Geschicklichkeit der Akkordarbeiter erzielten Mehrverdienste in erheblicher Weise gekürzt haben, wie es aus der Eingabe des Deutschen Textilarbeiterverbandes an die Reichsregierung hervorgeht.

Dieser brutale Angriff der Textilunternehmer auf die Löhne der Arbeiter sollte für die Textilarbeiter eine Mahnung sein, sich noch mehr als bisher zusammenzuschliessen zu energischem Widerstand.

Dies kann nur geschehen durch Stärkung der Organisation, durch geschlossenen Beitritt zum Deutschen Textilarbeiterverband.

SPD. Unter dem Stichwort "Feierschichten bei der Reichsbahn" verbreitet die Reichsbahndirektion Dresden eine sehr harmlos wirkende Meldung, dass zur Vermeidung von Entlassungen grösseren Umfanges, die sonst infolge des Verkehrs=

rückganges unabwendbar wären, den Arbeitern des Werkstätten- und Bahnunterhaltungsdienstes neue Einzelarbeitsverträge angeboten worden sind; sie sollen von den bisherigen nur insoweit abweichen, als sie wöchentlich eine Feierschicht von acht Stunden vorsehen. Dabei wird aber verschwiegen wie das Angebot zustande gekommen ist und welche Lohnsumme dem einzelnen Arbeiter dadurch verloren geht.

In Wirklichkeit haben die Tarifgewerkschaften der Eisenbahner eine von der Reichsbahn zu den normativen Tarifbestimmungen über die Arbeitszeit vorgeschlagene schriftliche Vereinbarung von Feierschichten abgelehnt, weil im Betriebe und in der Verwaltung noch viele Tausende von Ueberstunden über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus geleistet werden müssen. Solange dieser Zustand besteht, würden die Eisenbahnerverbände in der Tat die Empfehlung des ADGB auf Einlegung von Feierschichten durchbrechen, wenn sie für einen Teil der Eisenbahner, der schon Feierschichten in Kauf nehmen musste, weiter solche tarifvertraglich vereinbaren würden. Nachdem nun keine tarifvertragliche Vereinbarung zustande gekommen war, hat zunächst die Reichsbahnverwaltung versucht, von der Reichsregierung die Genehmigung zur Entlassung von 25 000 Arbeitern im gesamten Reich zu erlangen, aber diese Genehmigung ist ihr, wie bei den Bergarbeitern, versagt worden. Deshalb hat sie unter Verletzung der tariflichen Friedenspflicht den beteiligten rund 12 000 Arbeitern im Bezirk Sachsen neue Einzelarbeitsverträge unter Einschluss weiterer Feierschichten angeboten. Dabei übte sie einen wirtschaftlichen Druck, allerdings ohne Erfolg, auf den einzelnen Arbeiter aus, wie es im deutschen Rechtsstaate wohl noch nicht dagewesen sein dürfte. Dienstvorstände haben sich sogar nicht gescheut, einzelne Arbeiter eine bestimmte Reichsbahnerklärung unterschreiben zu lassen, bewusst die Unwahrheit zu sagen. Der Hauptbetriebsrat sollte den Feierschichten zugestimmt haben. Davon ist kein Wort wahr. Im Gegenteil, der Hauptbetriebsrat und sämtliche Bezirks- und Ortsbetriebsräte haben ein solches Ansinnen ausdrücklich abgelehnt. Das Verfahren, das von der Reichsbahn beim Angebot der neuen Einzelarbeitsverträge gewählt worden ist und nunmehr unter Verletzung der tariflichen Friedenspflicht vorläufig zur Kündigung von nahezu 12 000 Arbeitern in Sachsen geführt hat, ist unglaublich.

Der Einheitsverband hat sich bereits mit dem Landesarbeitsamt und dem sächsischen Arbeitsministerium in Verbindung gesetzt. Auch der Reichsarbeitsminister wird zu diesem Zwecke angerufen werden. Vorläufig haben die gekündigten Arbeiter das zuständige Arbeitsgericht angerufen. Die drei am Tarifvertrag beteiligten Eisenbahnverbände haben am 31. Dezember einheitliche Richtlinien für das Verhalten der sächsischen Eisenbahnarbeiter beschlossen. Von den rund 12 000 Arbeitern in Sachsen haben 91,62 % das Angebot der Feierschichten im Wege der Aenderung der Einzelarbeitsverträge mit einer bestimmten Erklärung beantwortet, wonach sie ihre Rechtsansprüche aus dem normativen Einzelarbeitsvertrag und dem Tarifvertrag sich ausdrücklich vorbehalten. Diese ganz selbstverständliche rechtsgeschäftliche Erklärung hat die Reichsbahn in geradezu unglaublicher Weise als Grund zur Kündigung von nahezu 12 000 Arbeitern benutzt. Damit versucht sie sich wegen angeblicher Verletzung der Friedenspflicht dem Richterspruch zu entziehen.

SPD. Bochum, 3. Jan. (Eig. Drahtber.)

Der Verband der Bergbauindustriearbeiter teilt mit: Wie wir erfahren, versucht man von kommunistischer Seite in verschiedenen Orten des Ruhrgebiets, die Bergarbeiter dadurch von der Arbeit fernzuhalten, dass man die Nachricht verbreitet, die Gewerkschaften würden sich nunmehr auch hinter die Streikbewegung stellen. Diese Gerüchte sind falsch und irreführend. Der Bergbauindustriearbeiterverband fordert deshalb seine Mitglieder und die Belegschaften auf, sich nach wie vor den wilden Streikparolen zu widersetzen.

SPD. Der Zentralverband der Bankangestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeisterverband haben in Gemeinschaft mit den übrigen am Reichstarifvertrag und am preussischen Angestelltentarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung des Schlichtungsverfahrens gegen die Reichsregierung, die Preussische Staatsregierung, die Reichspost, die Reichsbahn und die Reichsbank beantragt, nachdem die Behörden auf ihrer Forderung, die Bezüge der Behördenangestellten wie bei den Beamten ebenfalls um 6 % zu kürzen, beharren.

SPD. Kopenhagen, 3. Jan. (Eig. Drahtber.)

Die Tarifverträge zwischen dem Verein der Dampfschiffsreeder und den Verbänden der Seeleute und Seeheizer sind auf ein Jahr bis zum 1. April 1932 unverändert verlängert worden. Es sind dies die ersten der im Jahre 1931 ablaufenden Tarifverträge, die verlängert sind. Dänemarks Arbeitgeber haben vorläufig die Verträge für 70 000 Arbeiter (darunter die ganze Eisenindustrie, deren Verträge am 1. Februar ablaufen) gekündigt.

SPD. Der Allgemeine Dresdner Einzelhandelsverband hat den zur Zeit geltenden Gehalts- (für kaufmännische Angestellte) und Lohn tarif (für Handels- hilfsarbeiter) für den 31. Januar 1931 gekündigt.

SPD. Bochum, 3. Jan. (Eig. Drahtber.)

Im Laufe des Sonnabend ist eine Verschärfung der Situation im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier nicht eingetreten. So sind auf Zeche de Wendel viel mehr Bergleute angefahren als am Tage vorher, trotzdem der Terror und der Druck der Arbeitslosen und der Kommunisten stärker war. Auch auf den Rheinpreussenschächten im Moerser Bezirk hat sich die Zahl der Anfahrenden gesteigert. Auf Zeche Leopold ist die Belegschaft, die gestern vollständig ausständig war, zu 4/5 angefahren. Nur in ganz einzelnen Bezirken sind Abschwächungen der Bewegung noch nicht eingetreten. So war auf Zeche Friedrich Heinrich in Lintfort die Zahl der Ausständigen am Sonnabend gerade so gross wie am Freitag. Im grossen und ganzen kann gesagt werden, dass im Bezirk Bochum, Essen und Dortmund Ruhe herrscht. Eine kleine Verschärfung ist dagegen im Bezirk Hamborn zu verzeichnen. Auf Zeche Westfalen ist es am Sonnabend zu Zusammenrottungen von Angehörigen der KPD und der RGO gekommen. Hier musste auch die Polizei eingreifen, wobei es Verletzte gab. Anlass der ganzen Auseinandersetzungen war, dass Gewerkschaftsfunktionäre von Kommunisten angegriffen und verprügelt wurden.

SPD. Stuttgart, 5. Jan. (Eig. Drahtber.)

Eine Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat den Schiedsspruch, der einen 6prozentigen Lohnabbau vorgesehen hat, einstimmig abgelehnt. Der Schlichter für Südwestdeutschland hat darauf die Parteien zur mündlichen Nachverhandlung auf Montag, den 5. Januar nach Karlsruhe eingeladen.

Wirtschaft Technik Handel

Erholte Reichsbank.

Bessere Deckung.- Zahlungsmittelumlauf.- Reicht die Diskontsenkung heran?

SPD. Nach einem Jahr stärkster Erschütterungen, die sich in einer besonders durch den Wahlausfall vom 14. September verschärften Kapitalflucht darstellten, ergibt sich auf Grund des Reichsbankausweises für den 31. Dezember 1930 für die deutsche Reichsbank folgende Entwicklung:

	1930	1929
	(in Millionen Mark)	
Gesamte Kapitalanlage	2930	3191,5
Bestände an Handelswechseln und Schecks	2365,6	2607,7
Reichsschatzwechsel	206	240,7
Goldbestände	2215,8	2283,1
Bestände an Deckungsdevisen	469,2	403,6
Fremde Gelder	651,8	755,2
Zahlungsmittelumlauf	6408	6622
Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen	56,2%	53,3%
Deckung durch Gold	46,4%	45,3%

Der Aufstellung sieht man kaum das wirklich nicht leichte Jahr an, das die Reichsbank hinter sich hat. Die Deckung der Noten liegt weiter ausserordentlich hoch und besser als vor einem Jahr. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen werden mit 2685 Millionen angegeben gegenüber 2686,7 Millionen Mark. Dabei hatte die Bank in der Woche zum 31. Dezember 1930 einen Abgang von 67 Millionen Mark Devisen zu verzeichnen. Ohne Zweifel liegt hier Kündigung von Auslandsgeld vor. So sollen Schweizer Banken zum Teil Guthaben zurückgezogen haben. In diesem Zusammenhang sei nur kurz daran erinnert, dass sich Ende Oktober, also kurz nach der katastrophalen Wahl vom 14. September, die Goldbestände auf 2180,2 Millionen Mark verringerten und die Bestände an deckungsfähigen Devisen sogar auf 198,5 Millionen Mark zurückgegangen waren. Beobachtung verdient der Zahlungsmittelumlauf, in dem etwa 1 Milliarde Mark Scheidemünzen und 190 Millionen Mark Privatbanknoten stecken. Der Zahlungsmittelumlauf liegt nicht allzu tief unter dem Stand vor einem Jahr. Die Verringerung entspricht nicht dem Rückgang der Produktion. Das ist wohl der beste Beweis dafür, dass sich bei uns die Preissenkung nicht in dem Mass durchgesetzt hat, das durch den Produktionsrückgang geboten erscheint.

In der letzten Dezemberwoche selbst erhöhte sich die Beanspruchung an den Reichsbankkredit um 727,8 Millionen Mark gegenüber 668,1 Millionen Mark Ende November 1930 und 810,5 Millionen Mark Ende Dezember 1929. Wenn man die Zurückhaltung im Handel und Wandel berücksichtigt, erscheint die Überwindung des Jahresultimos 1930 weniger leicht gewesen zu sein, als man sich das allgemein vorgestellt hat. Stark beansprucht wurde der Reichsbankkredit auch durch das Reich, wodurch sich die Bestände an Reichsschatzwechseln um 162,6 Millionen auf 206 Millionen Mark erhöhten. Es sei daran erinnert, dass das Reich in der kritischen Zeit des vorigen Jahres, Ende Dezember 1929, die Hilfe der Reichsbank mit ungefähr 206,7 Millionen Mark Reichsschatzwechseln in Anspruch nehmen musste.

Die Stellung der Reichsbank erscheint (allerdings unter der Voraussetzung, dass neue Beunruhigungen vermieden werden) stark genug, dass man an einen Abbau des Zinssatzes denken kann. Die Reichsbank käme der Wirtschaft durch einen Diskontabbau stark entgegen.

SPD. Das Trauerspiel mit der Markenartikelpreissenkung erhält einen neuen Akt. Die Reichsregierung hat jetzt dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer Verordnung zugeleitet, nach der überall dort, wo die Markenartikelpreise gegenüber dem Stand vom 1. August nicht um mindestens 10% gesenkt worden sind, der Preisschutz aufgehoben werden soll.

Um diese Tragödie, die die Tragödie der ganzen Preissenkungsaktion ist, richtig zu verstehen, muss man sich folgendes vergegenwärtigen: Auf Grund der Notverordnung ersuchte die Reichsregierung den Reichswirtschaftsrat im Sommer um ein Gutachten, ob etwas gegen die überhöhten Markenartikelpreise getan werden könne. Das wurde vom Reichswirtschaftsrat bejaht, aber nur mit den Stimmen der Arbeitnehmer und mit einem Teil der Verbraucherstimmen. Die Reichsregierung wollte aber gegen die Stimmen der Unternehmer nichts tun. So unterließen die erforderlichen Massnahmen gegen die Markenartikelpreisübersteigerung. Ueber die Verlegenheit half man sich durch eine an sich sicherlich wertvolle Untersuchung hinweg. Als Ergebnis dieser Untersuchung befürwortete der Reichswirtschaftsrat, dass man den Markenartikelfabrikanten eine gewisse Frist geben solle, in der eine Preissenkung von etwa 10% durchzuführen sei; verstreiche diese Frist, dann müsse der Preisschutz aufgehoben werden.

Trotz der Drohung im Gutachten des Reichswirtschaftsrats haben die Markenartikelfabrikanten die Preissenkung von 10% nicht vollzogen. Die Reichsregierung sah sich damit vor die Notwendigkeit gestellt, zu handeln. Sie handelt aber, indem sie den Reichswirtschaftsrat nochmals um ein Gutachten ersucht.

Wir fragen, was das abermalige Gutachten des Reichswirtschaftsrats eigentlich soll? Die Dinge sind geklärt. Der Reichswirtschaftsrat hat eine Senkung der Markenartikelpreise für angebracht und möglich erklärt. Eine Reihe von Markenartikelfabrikanten hat diese Preisherabsetzung auch vorgenommen. Warum können die anderen Markenartikelfabrikanten nicht dieselbe Preissenkung durchführen und warum will eigentlich die Reichsregierung nochmals ein Gutachten über ihre Massnahmen, die sich aus der ganzen Situation von selbst ergeben?

+ + +

Der Reichswirtschaftsrat wird sich am Montag und Dienstag mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen. Wir wollen hoffen, dass endlich Greifbares aus den Verhandlungen herauskommt. Diese Hoffnung knüpft sich vor allem an die Initiative und Tatkraft der Regierung. Sie muss jetzt endlich etwas in der Angelegenheit der Markenartikel tun!

SPD. Die Reichspostverwaltung beschäftigt sich mit dem Projekt, die Transradio A.G. für drahtlosen Ueberseeverkehr zu übernehmen. Das Unternehmen ist nach Kriegsende gegründet worden und zwar haben die grossen elektrotechnischen Gesellschaften (Telefunken, AEG, Siemenskonzern usw.) an seiner Wiege gestanden. Ausschlaggebend war jedoch die Idee, dass das Reich, nachdem Deutschland durch den Krieg aus dem internationalen Nachrichtenverkehr ausgeschaltet war, wieder in der internationalen Nachrichtenvermittlung Fuss fassen wollte.

Das Unternehmen baute im Anfang auf der Grosstation Nauen und auf der Duplex-Empfangsanlage Geltow auf. Das sind auch die Aktiven, auf die sich die Transradio A.G. jetzt hauptsächlich stützt. Technisch sind diese Stationen abgelöst worden. Das Schwergewicht liegt jetzt auf den Kurzwellenanlagen usw. Zu erwähnen ist hier die Duplex-Empfangsanlage Beelitz. Durch Pacht gehört zur-

Transradio A.G. auch die Grossfunkenstation Eilvese bei Hannover und die Duplex-Empfangsanlage Hagen bei Eilvese.

Gegen das Projekt der Reichspost macht sich jetzt schon eine starke Kritik der Privatindustrie bemerkbar. Sie arbeitet mit der durchaus unbewiesenen Behauptung, dass die Privatindustrie den Erfordernissen des internationalen Nachrichtenverkehrs besser nachkommen könne als eine Staatsbehörde. Wie gesagt, handelt es sich dabei um eine Behauptung, von der man die Durchführung des Projektes natürlich nicht abhängig machen kann. Ueberzeugender ist der Hinweis, dass die Reichspost zu der Erwerbung der Transradio schreitet (wozu sie nach den Verträgen zum ersten Mal im Anfang 1932 das Recht hat), um die Nachrichtenübertragung durch Funk mit der Nachrichtenübertragung durch Kabel zu verbinden. Die technische Frage kann ja auch für die Zukunft nicht heissen Funk oder Kabel, sondern Funk und Kabel. Die Reichspostverwaltung befindet sich durchaus auf richtigem Wege.

Wenn eine Kritik berechtigt ist, dann die Kritik an dem ziemlich hohen Preis, den die Reichspostverwaltung für die Transradio wahrscheinlich zu zahlen haben wird. Es käme, soweit man die Situation beurteilen kann, ein Preis von 140% für die Aktie heraus, die gegenwärtig mit etwa 120 bis 125% bezahlt wird, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Post in letzter Zeit stärker gekauft hat, was natürlich auf den Kurs nicht ohne Einfluss blieb. Andererseits wird die Post schon in den sauren Apfel beißen müssen, da sich die Transradioaktien fast ausnahmslos in festen Händen befinden, so bei Siemens, der AEG und schliesslich bei der Radio Corporation of America, wohin der Michaelkonzern vor Jahren ein Paket von 3 Millionen Mark nominell verkaufte. An sich handelt es sich bei dem Kauf der Transradio um ein Objekt von etwa 17 Millionen Mark.

SPD. Die Reichsbahngesellschaft weiss in ihrem Schlussbericht für das Jahr 1930 nicht gerade Günstiges zu berichten. Für den Güterverkehr wird der Rückgang gegenüber dem Vorjahr auf "zwischen 12 und 18%" geschätzt. Wenn man die Wagengestellung für 1930 = 100 annimmt, so ergibt sich für 1929 und 1928 je 115, für 1927 = 112, dagegen für das Krisenjahr 1926 aber 96.

Im Personenverkehr zeigt sich die falsche Tarifpolitik der Reichsbahngesellschaft. Die Einnahmen dürften hier voraussichtlich 95%, die Zahl der beförderten Personen und Personenkilometer etwa 93 des Jahres 1929 ausmachen. Die ganze Tarifierhöhung äussert sich in einer nur um etwa 2% erhöhten Einnahme auf den Personenkilometer. Sie dürfte für 1930 = 3,09 Pfennige gegenüber 3,02 Pfennigen im Jahre 1929 betragen. Die Tarifierhöhung ist, wie vorausgesagt wurde, vollständig verpufft.

Die Betriebsunfälle haben sich vermindert. Sie werden mit 2830 angegeben. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr beträgt 25%, gegenüber 1928 rund 18%.

Der Personalbestand verringerte sich von 713 000 Köpfen im Durchschnitt 1929 auf 686 000. Die Einnahmen werden auf 4,58 Milliarden geschätzt gegenüber 5,35 Milliarden im Jahre 1929. Das Defizit bei der Reichsbahngesellschaft dürfte also bis Ende Dezember 1930 rund 770 Millionen Mark ausmachen.

Durchweg fester.

(Berliner Getreidebörse vom 3. Januar)

SPD. Auch an der Sonnabend-Börse blieb die Stimmung für Weizen ausgesprochen fest. Am Markte der Zeitgeschäfte waren wiederum Preisgewinne von etwa 2 Mark festzustellen. Gleichzeitig griff die Bewegung auf das Roggengeschäft über, sodass auch hier die Notierungen um 1 bis 1 1/2 Mark anziehen konnten. Im Handel mit effektiver Ware machte sich weiter regere Nachfrage nach Weizen bemerkbar. Da aber das Angebot unverändert klein blieb, konnten die Preise um 2 bis 3 Mark in die Höhe gehen. Desgleichen zog der Roggenpreis an, da sich das Angebot verringert hat und gleichzeitig die Mühlen bessere Kauflust zeigten. Weizenmehl hatte vermehrte Nachfrage, während die Forderungen um 25 Pfennig erhöht waren. Roggenmehl fand trotz unveränderter Forderungen nur sehr geringes Interesse. Für Hafer war bei kleinen Umsätzen die Tendenz stetig.

	<u>2. Januar</u>	<u>3. Januar.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 254	255 - 257
Roggen	156 - 158	157 - 159
Braugerste	200 - 216	200 - 216
Futter- und Industrieroggen	188 - 194	188 - 194
Hafer	141 - 145	141 - 145
Weizenmehl	29,00-36,75	29,50-37,00
Roggenmehl	23,60-26,75	23,60-26,75
Weizenkleie	9,75-10,00	9,75-10,00
Roggenkleie	8,75- 9,50	8,75- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 281½-281 (Vortag 279½), Mai 291-290 (289½). Roggen März 180 und Brief (178 3/4), Mai 190 - 189½ (189). Hafer März 163 (163), Mai 173 (172½).

SPD. Auch die Stettiner Portland Zementfabrik rüstet für die grossen Kämpfe in der Zementindustrie. Deshalb bleibt sie, wie sie mitteilen lässt, für das verfllossene Jahr ohne Dividende. Der Dividendenausfall wird mit der Unübersichtlichkeit und Unsicherheit in der ganzen Industrie begründet; es sei vor allem unsicher, ob die Verbände in der Zementindustrie noch weiter bestehen bleiben. Das Unternehmen zahlte im vorigen Jahr 6% Dividende und 1928 sogar 10%.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 3. Januar: I. 141 Mark, II. 128 Mark, III. 112 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.